

PAPERS

MLADEN PERIĆ

**WIE EINE GESELLSCHAFT
AUSVERKAUFT WURDE**

**«STRATEGISCHE INSOLVENZEN»
UND ÖKONOMISCHE TRANSFORMATION
IN SERBIEN**

Mladen Perić

Wie eine Gesellschaft ausverkauft wurde

„Strategische Insolvenzen“ und ökonomische Transformation in Serbien

Einleitung

Die Zeit nach dem Zerfall des jugoslawischen Staates war von einer Reihe von Ereignissen und Akteuren gekennzeichnet, denen in den Geisteswissenschaften sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die Transformation des politischen Systems, der Aufstieg alter und neuer politischer Eliten, die Kriege in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo sowie die postjugoslawischen Nationalismen sind nur einige der wichtigsten Forschungsthemen in Bezug auf diesen Zeitraum. Zahlreiche Studien, Monographien, Sammelbände und Zeitschriftenartikel widmen sich den Veränderungen, die in ganz Osteuropa seit Beginn der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts erfolgten. Diese Forschungsarbeiten – sei es aus der Feder westeuropäischer Autoren oder „einheimischer“ Experten – suchten die Ursachen und Folgen des Zusammenbruchs sozialistischer Systeme und die sogenannte Demokratisierung osteuropäischer Gesellschaften zu erklären. Fast ohne Ausnahmen wurden die neue „Demokratie“ „in einem Paket“ mit der Einführung der Marktwirtschaft, und der Staat vor allem als Nationalstaat, und eben nicht als Sozialstaat interpretiert. Die Deutung der jeweils aktuellen Ereignisse verlief überwiegend im Einklang mit Fukuyamas „Ende der Geschichte“: Die liberale Demokratie und die kapitalistische Ordnung der „freien Welt“ siegten endlich gegen das Projekt des „real existierenden Sozialismus“, und so schien es, auch allgemein gegen die Prinzipien der Linken. Mit der hergestellten Hegemonie verschiedener Transformationstheorien – im postjugoslawischen Raum bekannter unter dem Begriff der *Transition* – konnten in dieser Region nur noch nationalistische Deutungen der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Wandels in Konkurrenz treten. Beide Narrative – das neoliberale wie das nationalistische – hatten das Ziel, die neue / alte politische Elite und die neue gesellschaftliche Ordnung zu legitimieren. Heute, also zwanzig Jahre später, können wir mit Enttäuschung feststellen, dass sowohl die eine als auch die andere Strategie erfolgreich war: Wie der Nationalismus normalisiert wurde, so wurde auch die neue Wirtschaftsordnung normalisiert. Gleichzeitig besteht jedoch auch ein Unterschied zwischen den Haltungen gegenüber diesen beiden Phänomenen. Während eine Kritik des Nationalismus seit seinem (erneuten) Aufkommen im Laufe der 1990er Jahre existierte – obgleich auf enge Kreise einer „alternativen“ intellektuellen Elite beschränkt – war die Kapitalismuskritik im

postjugoslawischen Raum bis vor wenigen Jahren, sofern sie überhaupt artikuliert wurde, fast unsichtbar. Dabei ist gerade die wirtschaftliche Transformation dieses Teiles Europas ein Prozess, der nicht nur einzelne Aspekte der kapitalistischen Ordnung, und somit auch deren Kritik hervorragend illustriert, sondern auch einen bedeutenden Einfluss auf den Alltag der Menschen in dieser Region hat. Wie es für die Mehrheit der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawiens erniedrigend war, die Inflation, „die spontane Veränderung der Eigentumsformen“ und somit auch den Eigentümerwechsel im Hinblick auf gesellschaftliches Eigentum, ferner die informelle, und dann die formelle Arbeitslosigkeit, die Minderung des allgemeinen Lebensstandards, die „graue Ökonomie“, den „Schwarzmarkt“, die Versorgungsengpässe, die nicht ausgezahlten Gehälter etc. zu erleben, so ist die Tatsache, dass dieser ganze Prozess selten oder gar nicht in Frage gestellt wird, für diese Gesellschaften fast genauso erniedrigend. Mit der Ausnahme einiger kritischer Arbeiten über ökonomische Probleme des sozialistischen Jugoslawiens¹ sowie über die Entstehung der neuen wirtschaftlichen Elite während der 1990er Jahre,² deutet die Mehrheit der wissenschaftlichen Untersuchungen, die sich gewissermaßen der Wirtschaftsgeschichte zuordnen ließen, den Zusammenbruch der (post-)jugoslawischen Wirtschaft als einen Begleiteffekt des schweren, aber notwendigen gesellschaftlichen Wandels. Erst neuere theoretische und empirische Arbeiten über die gesellschaftliche Transformation,³ vor allem die Analysen der Privatisierung und der neuesten Arbeiterkämpfe⁴ sowie die allgemeinen historischen Darstellungen des Zerfalls Jugoslawiens⁵ stellen erste bedeutende Versuche einer kritischen Analyse der jüngsten Vergangenheit postjugoslawischer Gesellschaften dar.

Mit dem Ziel eines besseren Verständnisses der Privatisierung und einer kritischen Analyse des Prozesses wirtschaftlicher Transformation im Allgemeinen wird in diesem Beitrag

¹ Vgl. Plestina, Dijana (1992): *Regional development in communist Yugoslavia. Success, failure, and consequences*. Boulder: Westview Press; Woodward, Susan L. (1995): *Socialist unemployment. The political economy of Yugoslavia, 1945-1990*. Princeton: Princeton University Press.

² Siehe z.B. Bolčić, Silvano (1993): ‚Novi menadžeri‘ u privatnim firmama u Srbiji početkom 90-ih. In: *Sociologija* 35 (2), S. 243–251; Bolčić, Silvano (1993): ‚Novi preduzetnici‘ u Srbiji početkom devedesetih. In: *Sociologija* 35 (4), S. 489–504; Bolčić, Silvano (1994): The spread of entrepreneurship in Serbia in the early nineties. In: *Sociologija* 36 (4), S. 369–401; Cvejić, Slobodan (2002): Neformalna privreda u post-socijalističkoj transformaciji. ‚Siva ekonomija‘ u Srbiji 90-tih. In: Silvano Bolčić und Anđelka Milić (Hg.): *Srbija krajem milenijuma. Razaranje društva, promene i svakodnevni život*. 1. Aufl. Beograd: Institut za sociološka istraživanja Filozofskog fakulteta, S. 123–140.

³ Siehe z.B. Veselinović, Ana; Atanacković, Petar; Klarić, Željko (Hg.) (2011): *Izgubljeno u tranziciji. Kriška analiza procesa društvene transformacije*. Beograd: Rosa Luxemburg Stiftung; Horvat, Srećko; Štiks, Igor (2012): *Dobrodošli u pustinju tranzicije! Postsocijalizam, Evropska unija i nova levica na Balkanu*. In: Miloš Jadžić, Dušan Maljković und Ana Veselinović (Hg.): *Kriza, odgovori, levica. Prilozi za jedan kritički diskurs*. Beograd: Rosa Luxemburg Stiftung, S. 159–176.

⁴ Vgl. Golić, Slavko (Hg.) (2012): *Jugoremedija, deo drugi... Radničke borbe u Srbiji*. Zrenjanin: Ravnopravnost; Popov, Nebojša (Hg.) (2011): *Radno mesto pod suncem. Radničke borbe u Srbiji*. Beograd; Zrenjanin: Službeni glasnik; Res publica; Luxol-Farmacija; Popović, Željko; Gajić, Zoran (Hg.) (2011): *Kroz tranziciju. Prilozi teoriji privatizacije*. Novi Sad: Alternativna kulturna organizacija.

⁵ Vgl. Sundhaussen, Holm (2012): *Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen*. Wien; Köln: Böhlau.

einer der Mechanismen erklärt, mit Hilfe dessen die (post-)jugoslawische Wirtschaft systematisch zerstört wurde, und der verstärkt nach 2000 angewandt wurde – dem Jahr, das übrigens als Umbruch in der postsozialistischen „Durchgangsperiode“ und als Jahr, in dem die „Demokratie siegte“, gilt. Die Rede wird über den strategischen Einsatz von Insolvenzen sein. Welche ökonomische „Logik“ hinter den Bemühungen der Unternehmer steckt, die gerade erst erworbenen Unternehmen in die Insolvenz zu treiben, welche rechtlichen Rahmenbedingungen und politische Entscheidungen diesen Prozess ermöglichen, wer die an diesem Prozess beteiligten Akteure sind und schließlich, welche wirtschaftliche und soziale Folgen diese Strategien haben, sind nur einige der Fragen, die in diesem Beitrag beantwortet werden.

Das Konzept der strategischen Unternehmensinsolvenz

In den 1980er und 1990er Jahren wurde die Insolvenz in der US-amerikanischen soziopolitischen Theorie zunehmend als eine der möglichen Strategien erwähnt, die Unternehmen unter bestimmten Bedingungen anwenden können. Immer häufiger wurden die Einleitung des Insolvenzverfahrens und die darauf folgende Reorganisation der Unternehmen in den Kontext der Politik und der Interessenskonflikte verschiedener wirtschaftlicher Akteure gesetzt. Bis vor Kurzem waren die Gerichte, in denen das Schicksal der insolventen Unternehmen verhandelt wurde, für Anwälte, Richter, Bank- und Finanzmanager sowie für andere Experten reserviert. In der jüngsten Geschichte waren wir Zeugen einer Entwicklung, im Laufe derer die Gerichte zu Orten wurden, an denen einige der bedeutendsten gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit geklärt werden (wie Schicksale und Entschädigungen der Verbraucher, die wegen der Nutzung von Produkten und Leistungen insolventer Firmen bestimmte gesundheitliche Schwierigkeiten und Probleme hatten, Lohnfragen gewerkschaftlich organisierter und nicht organisierter Arbeiter, Fragen der gerechten Funktionsweise des Marktwettbewerbs u.a.).

Derzeit beginnen die Menschen langsam zu begreifen, dass eine Insolvenz nicht nur bedeutet, „pleite“ zu sein (*being broke*). Die Funktion der Insolvenz ist nach dem gegenwärtigen Insolvenzrecht nicht mehr, den finanziell erfolglosen und insolventen Subjekten lediglich einen Zufluchtsort zu bieten. Sie kann ebenso eine sehr mächtige Waffe in den Händen starker und finanziell leistungsstarker Unternehmen darstellen. Dies ist besonders heute zutreffend, denn die insolventen Subjekte besitzen, beispielsweise laut dem amerikanischen Insolvenzgesetz, eine große gesellschaftliche und finanzielle Macht.

Obwohl manche Forscher, die sich mit dem Phänomen der Insolvenz beschäftigen, weiterhin behaupten, dass eine schlechte Verwaltung und ein schlechter Finanzstatus des Unternehmens die Insolvenz verursachen, verändert sich diese Auffassung langsam und die an Insolvenzverfahren beteiligten Akteure beginnen langsam, Erkenntnisse über ihre

Verwendung zu strategischen Zwecken zu gewinnen. Insolvenzen von Unternehmen verlassen langsam den einfachen Rahmen der Schuldenerneuerung zwischen den Schuldern und den Gläubigern und werden immer häufiger zur Umsetzung anderer Ziele verwendet, die unter den Bedingungen des regelmäßigen Wirtschaftens nicht zu verwirklichen sind.

Bis vor Kurzem assoziierte ein durchschnittlicher Manager mit der Insolvenz: „einen Zustand, den man um jeden Preis vermeiden sollte“. Als Ergebnis tiefgreifender struktureller Veränderungen in der Wirtschaft, Politik, dem Rechtswesen und der Organisationspolitik jedoch, kommt der Insolvenz eine zunehmend strategisch betonte und eine politische Rolle zu – deren Vorteile und Erträge meistens von den großen Unternehmen und mächtigen Gläubigern genutzt und erworben werden. Die Firmenmanager von heute erleben die Insolvenz nicht mehr als etwas Unangenehmes und etwas, was vermieden werden sollte. Stattdessen wird die Insolvenz verstärkt zu einer der Strategien von Großunternehmen zur Umsetzung ihrer Ziele.

Die Debatten um die Rolle der Insolvenz und die Reorganisation der zahlungsunfähigen Unternehmen und ihre Implikation im Hinblick auf das Wohlergehen der Wirtschaft halten immer noch an. Es gibt sogar einige Autoren, die der Meinung sind, dass die Reorganisation von Firmen, im Zusammenhang mit dem genannten amerikanischen Gesetz, verboten oder zumindest verändert werden sollte. Gründe dafür sind die anhaltenden Missbräuche und oft unnötigen Insolvenzverfahren sowie die Tatsache, dass die in die Insolvenz geratenen Firmen selbst nach dem Ende des Reorganisationsprozesses weiterhin ein sehr hohes Schuldenniveau in ihren Bilanzen aufweisen.⁶

Unabhängig vom jeweiligen Zugang, hat die Insolvenz heute, im Gegensatz zur Verwendung der Insolvenz zu Zwecken der „Heilung“ von Unternehmen, in vielen Volkswirtschaften auch eine strategische Dimension. Als Unternehmensstrategie wird die Insolvenz zunehmend auch von den wichtigen Kontrolleuren des Finanzstatus der Unternehmen wie kommerzielle Banken und Investitionsbanken, Versicherungsgesellschaften und Agenturen für die Bonitätsprüfung von Unternehmensanleihen benutzt. Die Institution der Insolvenz ersetzt die bisherige passive Rolle der Firmen durch eine proaktive Rolle und wird dann eingesetzt, wenn bestimmte finanzielle und politische Ziele erreicht werden sollen. Die Insolvenzarena wird vertieft und darin beginnt die Lösung der wichtigsten gesellschaftlichen Fragen, die in jedem Fall über den Rahmen einer einfachen Einhaltung der Forderungen der Gläubiger durch die Schuldner hinaus gehen. Das geht so weit, dass manche strategische Ratgeber ihren Kunden – finanziell erfolgreichen Firmen – die Insolvenz als strategische Managementoption vorschlagen.

Hier stellen sich zwei logische Fragen. Was ist strategische Insolvenz von Unternehmen

⁶ Ausführlicher bei: Bradley, Michael; Rosenzweig, Michael (1992): The Untenable Case for Chapter 11. In: The Yale Law Journal 101 (5), S. 1043–1095.

und was ist der Unterschied zwischen der strategischen Insolvenz und derjenigen, die es nicht ist, bzw. welche Insolvenz ist eine strategische, und welche ist nicht strategisch oder „normal“? Und schließlich: Welche Implikationen hat die Verwendung der „strategischen“ Insolvenz im Kontext der postsozialistischen wirtschaftlichen Transformation?

Laut Fachliteratur muss die strategische Insolvenz, die durch die Reorganisation abgewickelt wird, mindestens zwei Hauptbedingungen erfüllen. Erstens, laut dem Kapitel 11 des Insolvenzgesetzes der USA, muss die Insolvenz auf Verlangen eines Akteurs eingeleitet werden, dessen Interessen im Gegensatz zu denjenigen der anderen Akteure stehen. Zweitens muss ihr Ziel die Lösung eines Problems sein, das durch das Gesetz vorgesehen ist (z.B. der Verzögerung und Vermeidung von Anklagen und bestimmten finanziellen Pflichten).⁷ Die Ökonomin Catherine M. Daily definiert die strategische Insolvenz als einen „proaktiven Versuch des Firmenmanagements, der Drohung zu begegnen, die eine andere Akteursgruppe geäußert hat.“⁸ Die Essenz der strategischen Insolvenz von Unternehmen ist also die Förderung von Interessen einer Gruppe von Akteuren auf Kosten (zulasten) der anderen und die Verschiebung des Risikos von den Mächtigeren auf die Schwächeren.

Sowohl die strategische als auch die nicht strategische Insolvenz wirkt sich immer auf einen bestimmten Akteur aus. Allerdings sind in den nicht strategischen Fällen die betroffenen Seiten in der Regel die Lieferanten und die Finanzinstitutionen, während sich das Unternehmen durch den Beginn der Insolvenzreorganisation vor ihren Aktivitäten schützt. Andererseits trifft die strategische Insolvenz in der Regel andere Akteure. Doch auch die strategische Insolvenz kann gegen die Interessen der Gläubiger gerichtet sein, aber dabei kann es sich nicht um den klassischen bereits erwähnten Schutz handeln. Mit anderen Worten, damit eine Insolvenz die Bezeichnung „strategisch“ erhält, muss sie einen Aktionsplan umfassen, den die Manager unter den regulären Geschäftsbedingungen hätten nicht umsetzen können.

Die nicht strategische Insolvenz befasst sich mit den Verpflichtungen (Schulden), die unter den Bedingungen des regelmäßigen Geschäfts des Schuldners entstanden⁹ und ihr Ziel ist es, dem Unternehmen so lange Schutz zu bieten bis ein Reorganisationsplan strukturiert wird, in dem auf adäquate Weise eine Problemlösung zur Begleichung von Schulden vorgeschlagen wird. Die strategische Insolvenz widmet sich ebenfalls diesem Problem, hat jedoch nicht das

⁷ Moulton, Wilbur N.; Thomas, Howard (1993): Bankruptcy as a deliberate strategy: Theoretical considerations and empirical evidence. In: *Strategic Management Journal* 14 (2), S. 125–135; Delaney, Kevin J. (1998): *Strategic bankruptcy. How corporations and creditors use Chapter 11 to their advantage; with a new preface.* Berkeley: University of California Press.

⁸ Daily, Catherine M. (1994): Bankruptcy in strategic studies: Past and promise. In: *Journal of Management* 20 (2), S. 263–295.

⁹ Gemeint sind die Verpflichtungen, die eine Folge der Umsetzung der Haupttätigkeit des Schuldners sind. Dazu gehören die kommerziellen Verpflichtungen für die gelieferten Waren und Leistungen, die in der Produktion verwendet werden bzw. die Verpflichtungen gegenüber kommerziellen Lieferanten und die Verpflichtungen für erhaltene Finanzmittel von Kreditgebern.

Ziel, die Pflichten gegenüber dem Gläubiger zu begleichen, oder aber, wenn sie ein solches Ziel verfolgt, dann tut sie das in einer neuen Weise, die für die klassische Insolvenz und die Kompensation der Gläubiger aus dem Eigentum der Schuldner unangemessen ist.

Jerry Paul Sheppard geht einen Schritt weiter, als die strategische Insolvenz lediglich zu definieren und nennt die Hauptattribute – in Form der folgenden vergleichenden tabellarischen Typologie – die erfüllt sein müssen, damit eine Insolvenz als strategisch bezeichnet werden kann.

Tabelle 1. Strategische versus nicht strategische Insolvenzen

Attribute	Nicht strategische Insolvenzen	Strategische Insolvenzen
Die Insolvenz wirkt überwiegend auf eine Akteursgruppe:	In der Regel auf kommerzielle / finanzielle Gläubiger	In der Regel auf andere Akteure, die nicht kommerzielle und finanzielle Gläubiger sind (oft sind das die Verbraucher)
Einleitung des Insolvenzverfahrens erfolgt auf Kosten der Anderen:	Die betroffenen Akteure übernehmen und akzeptieren in der Regel ein bestimmtes Ausmaß an Risiko in der Beziehung zum sich im Insolvenzverfahren befindenden Unternehmen	Die betroffenen Akteure akzeptieren in der Regel kein Risiko in der Beziehung zum sich im Insolvenzverfahren befindenden Unternehmen
Die Einleitung des Insolvenzverfahrens ist durch ein Problem motiviert:	Die Gläubiger versuchen, das Eigentum zu beschlagnahmen, das als Kollateral verwendet wurde	Behinderung normaler Operationen mit dem Ziel, dass ein Akteur (in der Regel die Firmenleitung) strategische Ziele verwirklicht
Die Einleitung des Insolvenzverfahrens kann als Plan oder Verschwörung aufgefasst werden:	Das Unternehmen beginnt das Insolvenzverfahren, um sich von den Gläubigern zu schützen	Das Unternehmen eröffnet das Insolvenzverfahren, um die Verträge zu erneuern
Die Einleitung des Insolvenzverfahrens kann als proaktiv aufgefasst werden:	Das Unternehmen verbucht Verluste infolge der Aktivitäten von Akteuren	Das Unternehmen könnte Verluste infolge der Handlungen von Akteuren verbuchen

Angepasst nach: Sheppard, Jerry Paul (1995): Beautifully broken benches. A typology of strategic bankruptcies and the opportunities for positive shareholder returns. In: Journal of Business Strategies 12 (2), S. 99–134.

Theorien der Unternehmensinsolvenzen

Die Idee, dass die Insolvenz für einzelne Unternehmen eine Strategie sein kann, stellt nicht

nur die sich nach gesundem Menschenverstand richtende Auffassung der Insolvenz als etwas, das vermieden werden sollte, in Frage, sondern auch die Mehrheit der Theorien über die Insolvenz, welche die strategische Dimension dieses Prozesses lange vernachlässigten. Die Mehrheit der Theorien vermutet pauschal, dass die Ursache für die meisten korporativen Insolvenzen ein schlechtes Management sei. Das ist eine auf den ersten Blick sehr logische Antwort. Die große Mehrheit der Theorien fokussiert jedoch nicht den Kern des Problems und versucht nicht, das Management der finanziell erfolgreicher mit den nicht erfolgreichen sich in der Insolvenz befindenden Unternehmen zu vergleichen und hier irgendeine Parallele zu ziehen – denn schlechtes Management ist sicherlich auch in finanziell starken Unternehmen vorzufinden.

Im Folgenden werden einige der grundlegenden Insolvenztheorien dargestellt, die sich bemühen, die Problematik der korporativen Insolvenz aus der Sicht der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften zu beleuchten.

Ökonomische Insolvenztheorien

Von allen Geisteswissenschaftlern beschäftigten sich die Ökonomen und Juristen am meisten mit der Erforschung des Phänomens der Insolvenz von Unternehmen und ihrer Implikationen auf die Schlüsselakteure. Bis vor Kurzem jedoch wurde das Thema Insolvenz, zumindest was die Literatur zur Ökonomie und den Finanzen betrifft, in einem oder zwei Kapiteln der Lehrbücher behandelt, die sich mit korporativen Finanzen befassen.

Der Hauptgrund dafür, dass die Erforschung des Phänomens der Insolvenz sich keiner größerer Aufmerksamkeit erfreute, ist der Umstand, dass die Mehrheit der Forscher die Insolvenz als eine technische Frage interpretierte – eine Situation, in der die Schulden das Vermögen der Firma überstiegen. Alles, was getan werden sollte, war, das Unternehmen zu reorganisieren oder aufzulösen sowie das Vermögen unter den Gläubigern der gesicherten und nicht gesicherten Forderungen und den Aktionären zu verteilen (sofern für die Letzteren überhaupt etwas übrig bleibt). Geht man von einer solchen Annahme aus, besteht kein Grund für weitere Forschung.

Die mikroökonomischen Theorien betonen dagegen, dass die Insolvenz die letzte Phase im Leben jedes Unternehmens ist, wie im Übrigen der Tod das Ende des Lebens jedes Einzelnen ist. In ihrer Phasenexistenz durchlaufen die Firmen die Phasen der Entstehung, des Aufschwungs, der Stabilität, des Verfalls und der Auflösung. Mikroökonomische Theorien unterstreichen die positive Rolle der Insolvenz als einen Mechanismus für die Trennung profitbringender von den nicht profitablen Unternehmen. Ihnen zufolge führt ein solcher Marktmechanismus zur Steigerung der ökonomischen Effizienz des Marktes und der gesamten Wirtschaft, indem er dazu beiträgt, dass die progressiven und effizienten

Unternehmen den Platz der weniger erfolgreichen einnehmen.¹⁰ Hier ist die Anwendung eines organischen Zugangs offensichtlich, dem zufolge eine Parallele zur natürlichen Selektion lebender Organismen und zum Prinzip des Fortbestandes der Stärksten gezogen wird. Der grundsätzliche Mangel solcher Theorien ist, dass sie die Insolvenz lediglich als den Austritt der Unternehmen aus dem Markt betrachten, während sie die Prozesse der Auflösung und der Reorganisation, mit Hilfe welcher die Insolvenz erfolgen kann, gar nicht erst zum Gegenstand ihrer Forschung machen.

Die gegenwärtige Insolvenzpraxis spricht dennoch für die These, dass neben den rein ökonomisch-finanziellen Ursachen auch organisatorische und politische Faktoren eine sehr bedeutende Rolle bei den Entscheidungen über die Insolvenz einer Firma spielen. Auch bestimmen diese Faktoren maßgeblich, ob eine Firma aufgelöst oder ihr eine zweite Chance im Zuge des Reorganisationsprozesses und der Restrukturierung gegeben wird.

Weitaus ausführlicher als die mikroökonomischen Theorien beschäftigten sich die makroökonomischen Theorien mit der Insolvenz von Unternehmen, so dass es aus dieser ökonomischen Perspektive eine viel größere Anzahl von wissenschaftlichen Arbeiten und Monographien zu diesem Thema gibt. Der Schwerpunkt makroökonomischer Theorien ist die Prognose von Insolvenzen in Abhängigkeit von der Änderung verschiedener makroökonomischer Variablen. Obwohl diese Theorien einen großen Fortschritt erzielten, indem sie ausgeklügelte Modelle zur Prognose einer derart wichtigen Erscheinung wie der Insolvenz von Unternehmen entwickelten, war ihre Ausgangsannahme, dass die Insolvenz ausschließlich die Folge der Inkompetenz des Managements sei. Auch benutzten die Anhänger makroökonomischer Theorien für ihre Modelle überwiegend Buchhaltungsinformationen aus verschiedenen Finanzberichten,¹¹ ohne diese auf ihre Glaubwürdigkeit zu überprüfen. Diese Modelle verwendeten Daten aus Finanzberichten, stellten sie in verschiedene Relationen (z.B. die Schuldenhöhe im Verhältnis zum Kapital der Aktionäre oder zum Gesamtvermögen, die Höhe des Cash-Flow im Verhältnis zu den Schulden etc.), und übertrugen darauf die Analyse auf die Makroebene, indem sie die Analyse auf die Ebene des nationalen und internationalen Marktes ausweiteten, um schließlich den Verlauf von Insolvenzen im Verhältnis zu den Veränderungen der makroökonomischen Schlüsselaggregate zu beobachten. Alles, was irgendwo auf der Meso-Ebene erfolgt, blieb dagegen unerforscht. Darin lässt sich gerade die politische und soziale Dimension der korporativen Insolvenzen erkennen, innerhalb der die verschiedenen Akteure in gegenseitiger Interaktion und in Form von Demonstration finanzieller und gesellschaftlicher Macht heute das Schicksal der Unternehmen bestimmen. Der Gegenstand

¹⁰ Ausführlicher bei: Aldrich, Howard (1979): Organizations and environments. Englewood Cliffs: Prentice Hall.

¹¹ Hier muss betont werden, dass die neueren Modelle wissenschaftlicher Prognose von korporativen Bankrotten zunehmend Marktindikatoren für das erfolgreiche Wirtschaften einer Firma verwenden, um die Mängel der Buchhaltungsdaten zu vermeiden.

des Interesses dieser Modelle ist also nicht das sozioökonomische Milieu der Firmen, in dem die Schuldner, Lieferanten, Gläubiger, Versicherungsunternehmen, staatliche regulierende Agenturen und andere Akteure für die Verwirklichung der eigenen Interessen kämpfen und dadurch die Entwicklung und den Erhalt des Unternehmens bestimmen. Diese Modelle sehen offensichtlich keinen Unterschied zwischen der Auflösung, der Reorganisation und der gewollten (freiwilligen) Insolvenz. Das Einschließen aller sich in der Insolvenz befindender Unternehmen in dieselbe Schublade zeugt von einem Unverständnis und einem fehlenden Bewusstsein für eine sehr wichtige Dimension der Insolvenzprozesse.

Die vorherrschende ökonomische Auffassung der Insolvenz beruht auf bestenfalls unvollständigen Annahmen. Sie wird als ein ökonomischer Zustand behandelt, in dem die Pflichten das Vermögen übersteigen, und als eine organisatorische Antwort oder ein Anpassungsmodus. Aufgrund dessen lässt sich feststellen, dass die Hauptursache für die Insolvenz rein ökonomischer Natur (die Zahlungsunfähigkeit des Unternehmens) ist, während diese wiederum einen Mirko- oder Makro-Charakter haben kann – je nach Charakter der Faktoren, die sie verursacht haben. Dies ist in jeder Hinsicht ein unvollständiger Ansatz.

Rechtswissenschaftliche Insolvenztheorien

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre übte die so genannte *Recht- und Wirtschaftsbewegung (law and economics movement)* einen großen Einfluss auf rechtswissenschaftliche Theorien der Unternehmensinsolvenzen aus. Die rechtlich-ökonomische Theorie behauptet, dass sich die Gesetze, die den rechtlichen Rahmen für die Insolvenzen von Unternehmen darstellen, nicht mit der Rehabilitation des Geschäfts befassen sollten. Dieser Theorie zufolge ist es die Aufgabe des zuständigen Gerichtes, für die Gesamteffizienz auf der Makroebene Sorge zu tragen. Was das Gesetz selbst betrifft, das die Insolvenz regulieren soll, sollte seine primäre Rolle sein, die Gläubiger und Schuldner zu verleiten, sich für eine Insolvenz zu entscheiden, wenn diese in der Funktion der Maximierung der Rückzahlung von Gläubigereinlagen steht. Das Gericht sollte sich zwischen den alternativen Strategien der Reorganisation und der Auflösung aufgrund der Frage entscheiden, ob die Firma, die das Insolvenzverfahren eröffnet, einen höheren Wert als Ganzes oder als desintegrierte Ansammlung von Einzelteilen haben würde. Daraus folgt, dass die Insolvenz so strukturiert sein soll, dass sie von den Gläubigern und den Schuldnern zum optimalen Zeitpunkt eingesetzt werden kann – wenn der Rückzahlungsraten für die Einlagen der prioritären Gläubiger gesicherter Forderungen und der Gläubiger der ungesicherten Forderungen und der Aktionäre am höchsten sind.

Die rechtlich-ökonomische Theorie nahm die Aufgabe auf sich, eine allgemeine Insolvenztheorie zu generieren.¹² Dabei übernahm sie einen beachtlichen Teil der Annahmen

¹² Ausführlicher bei: Jackson, Thomas H. (2001): *The logic and limits of bankruptcy law*. Washington, D.C: Beard

und Schlussfolgerungen von den bereits erläuterten ökonomischen Theorien und integrierte sie in die eigene Erklärung und Auffassung des Insolvenzverfahrens. Aus diesem Grund leidet sie wie auch die erwähnten ökonomischen Theorien an denselben Mängeln.

Die rechtlich-ökonomische Richtung erklärt, wie sich die Management-Strukturen einer rationalen Firma verhalten sollten, und nicht wie sie sich im jeweils unterschiedlichen Umfeld und im Zusammenhang mit dem Einfluss verschiedener Akteure eigentlich verhalten. Dabei sind diese Subjekte sowohl von den eigenen Interessen und der Absicht geleitet, den größtmöglichen Anteil der eigenen Einlagen zurück zu bekommen, als auch von Emotionen und Erwartungen.¹³

Soziopolitische Insolvenztheorien

Im Unterschied zu den rechtlichen und ökonomischen Richtungen orientieren sich die soziopolitischen Insolvenztheorien an der Erforschung dessen, was im Zuge der Insolvenzprozesse tatsächlich geschieht. Sie heben hervor, dass die von den vorhin diskutierten Theorien bestimmten Regeln oftmals nicht beachtet werden und dass die Prozesse der Reorganisation und Auflösung von Unternehmen extensiven Verhandlungen unterliegen, die in Bezug darauf, was die entsprechende insolvenzrechtliche Regelung vorsieht, zu bedeutenden Unterschieden in der Umverteilung der Insolvenzmasse führen können.

Die Theoretiker der Rechts- und Wirtschaftsschule gehen von der Annahme aus, dass das Vermögen und die Verpflichtungen der Firmen eindeutig definierte Begriffe sind und dass es darüber, was unter dem Vermögen und den Verpflichtungen verstanden wird, keine Diskussion oder unterschiedliche Interpretation geben darf. Gerade die soziopolitischen Theorien weisen darauf hin, dass verschiedene Akteure, je nach eigenem Verhandlungsgeschick, die „Formung“ des Vermögens und der Verpflichtungen nach eigenen Interessen beeinflussen können. Diese Akteure – im Gegensatz zu den Annahmen der rechtswissenschaftlichen und ökonomischen Theorie – beginnen die Verhandlungen von verschiedenen Machtpositionen aus.¹⁴ Die soziopolitische Theorie zeigt also, dass die

Books.

¹³ Ein sehr wichtiger Faktor für die Zufriedenstellung der verschiedenen Akteure bei der Rückerstattung ihrer Forderungen ist auch, was die anderen relevanten Subjekte erhalten haben bzw. wie und in welchem Umfang sie entschädigt wurden. Dieser Parameter spielt die Schlüsselrolle bei der Einschätzung des Endergebnisses der Insolvenz aus der Perspektive der einzelnen Akteure.

¹⁴ Im Interesse der Gläubiger ist es meistens, dass der Auflösungsprozess der bankrotten Firma so schnell wie möglich durchgeführt wird, damit sie in möglichst kurzer Zeit die Kompensation für ihre Einlagen erhalten, und damit es nicht zu weiterem Verfall von Vermögen kommt. Andererseits ist es das Interesse der Aktionäre, dass die Firma den Prozess der Reorganisation durchläuft und dass, falls dieser erfolgreich ist, sie an den Erfolgen in Form von höheren Aktienpreisen und Gewinnanteilen dieser Firma teilhaben können. Je nach gesellschaftlicher und ökonomischer Macht der Aktionäre und Gläubiger wird auch das Schicksal des Unternehmens abhängen. Infolge dessen kann es vorkommen, dass eine perspektivvolle Firma – unter dem Einfluss der höheren Mächte der Gläubiger – aufgelöst werden kann, aber auch dass eine Firma, die keine

Insolvenz oft keine neutrale Funktion hat, im Sinne des Mechanismus der Auszahlung von Gläubigern, und dass manche Akteursgruppen auch unfair behandelt werden können. Anstatt die Insolvenz technisch zu betrachten, als einen Zustand, in dem die Verpflichtungen (Schulden) das Vermögen übersteigen, suchen die soziopolitischen Theorien, die strategische Dimension dieser Prozesse zu entmystifizieren.

Die Soziologie des Wirtschaftens in Fällen von Geschäftskrisen, also auch im Fall einer Insolvenz, schlägt bei der Suche nach wichtigen Entscheidungen einfach andere Lösungen als die ökonomische und rechtswissenschaftliche Theorie vor. Diese neuen Auffassungen bieten einen Rahmen für die Analyse organisatorischer Aktivitäten im Laufe des Insolvenzprozesses. Die Beachtung des bedeutenden sozialen Faktors in der Gestaltung des Endergebnisses der Insolvenz eröffnet die Möglichkeit für die Strukturierung der ökonomischen Rationalität in solchen sozioökonomischen Situationen. Ein Großteil der Literatur bis zu den 1990er Jahren betonte die Bedeutung von sozialen Netzwerken und gegenseitigen Beziehungen zwischen den Akteuren im Rahmen dieser Netzwerke sowie die Bedeutung ihrer Rolle bei der Gestaltung und Prognose des organisatorischen Verhaltens. Auf der Makroebene nimmt die Erforschung dieser Phänomene eine noch komplexere Gestalt an. Die Aktionen der Unternehmen stehen unter dem Einfluss des breiteren gesellschaftlichen Systems, das das soziale Image und die Akzeptanz der Insolvenz bestimmt, genauso wie die Regeln, die wiederum die Arten und den Zeitpunkt der verfügbaren Optionen bestimmen.

Die Erforschung der Implikationen der Insolvenzen von Unternehmen muss sich also bedeutend vom ökonomischen Funktionalismus entfernen, der die Fachliteratur lange dominierte.

Die Kontroversen der postjugoslawischen Insolvenzmafia

Im bisherigen Teil wurden die Mechanismen und Interpretationen der Insolvenz in ihrer strategischen Funktion gezeigt. Eine solche Verwendung der Insolvenz hat in der Regel negative Folgen sowohl auf den Finanzstatus des Unternehmens als auch auf die Beschäftigten in diesem Unternehmen. Während in den westlichen Volkswirtschaften schon in den 1970er Jahren Fälle bekannt wurden, in denen es die Leitung einzelner Unternehmen schaffte, die Institution der Insolvenz zu missbrauchen, brachte im postjugoslawischen Raum erst die ökonomische Entwicklung seit Beginn der 1990er Jahre ein für diese Region neues Phänomen hervor, das auch in den Medien zunehmende Präsenz zeigt: die sogenannte *Insolvenzmafia*. Es handelt sich um eine organisierte Gruppe von Individuen, die Firmen systematisch in den Bankrott trieben und auf diese Weise für sich bedeutenden finanziellen Nutzen zogen, indem sie dabei die rechtlichen und ökonomischen Grundlagen zerstörten, auf

Zukunftsperspektive hat – im Fall dass die Aktionäre mächtiger sind – den Prozess der Reorganisation antreten kann.

welchen die Institution der Insolvenz beruht. Es geht dabei um eine Gruppe, die aus Beamten der Justiz, einigen Unternehmern, einem Direktor einer lokalen Bank und einem Polizeinspektor bestand. Ihre Festnahme beurteilte der damalige Finanzminister Mlađan Dinkić als den „größten Schlag gegen die Wirtschaftskriminalität und Korruption in Serbien nach dem 5. Oktober¹⁵ 2000“. Er betonte auch, dass es sich um „die größte in Serbien je aufgedeckte Gruppe der organisierten Wirtschaftskriminalität“ handele, sowie dass der festgenommene Goran Kljajević (Präsident des Handelsgerichtes) die „Spitze der Korruption und der Insolvenzmafia“ darstelle.¹⁶ Sicherlich müssen diese Angaben erst bewiesen werden, denn die Gerichtsverfahren vor dem Sondergericht gegen die angeführten Personen laufen immer noch.

Die wichtigste „Tätigkeit“ der Insolvenzmafia waren die Missbräuche von Insolvenzen von staatlichen Unternehmen und ihrer darauf folgenden Privatisierung. Den Festgenommenen wurde vorgeworfen, Bestechungsgelder gegeben und erhalten zu haben, Geschäftsgeheimnisse verraten zu haben, ferner werden sie für Amtsmissbrauch, die rechtswidrige Aneignung von Vermögen etc. beschuldigt. Die Staatsanwaltschaft charakterisierte die Festgenommenen als organisierte kriminelle Gruppe, während der Schaden auf mehrere Zehnmillionen Euro geschätzt wurde. Aus diesen Gründen befasst sich mit dem Fall die Sonderstaatsanwaltschaft für organisierte Kriminalität. Das Zentrum des „Davonfließens“ von Geldern befand sich zwar im Handelsgericht, die Konstruktion war jedoch komplexer, auch wenn die Folge einfach zu fassen ist: staatliches Geld wanderte in private Taschen. Daran waren neben dem Gericht auch die zu jenem Zeitpunkt staatliche Handelskette *C market*,¹⁷ die damals staatliche Bank *Poštanska štedionica* sowie einige Privatunternehmen beteiligt.

Dreh- und Angelpunkt der vorliegenden Analyse ist der Missbrauch staatlicher Unternehmen und ihre „Abschiebung“ in die Insolvenz. Der Fall umfasst auch das Erhalten von Bestechungsgeldern, den Amtsmissbrauch sowie das Preisgeben von Dienstgeheimnissen – und zwar im Rahmen der Insolvenzverfahren der Unternehmen *Beko*, *BIM Slavija*, *Ineks*, *Rad*, *C market*, *Jugoeksport*¹⁸ u.a. Das Prinzip, auf dem die Funktionsweise

¹⁵ Am 5. Oktober 2000 wurde in Belgrad infolge von tagelang anhaltenden Massenprotesten das Regime von Slobodan Milošević gestürzt. Seither gilt dieses Datum gewissermaßen als „Wende“ in der neuesten Geschichte Serbiens und wird als symbolischer Beginn der Demokratisierung betrachtet (Anm. d. Übers.).

¹⁶ Ikonić, Slobodan; Vrzić, Nikola (2006): Trgovinski sud i privredni kriminal. In: NIN, 19.04.2006 (2886). Online verfügbar unter http://starisajt.nspm.rs/ekonomskapolitika/2006_trgsud1.htm, letzter Zugriff am 14.07.2012.

¹⁷ Das Unternehmen *C market* war die größte Kette von Lebensmittelgeschäften in Serbien und bestand seit Ende der 1950er Jahre. Das Unternehmen wurde 2005 vom serbischen privaten Delta Konzern übernommen und in die neue Kette von Supermärkten Maxi integriert. Ende Juli 2011 wurde die gesamte Handelskette Teil des belgischen Unternehmens Delhaize (Anm. d. Übers.).

¹⁸ Bei der Firma *Beko* handelt es sich um ein Textilproduktionsunternehmen. Die Firma *BIM Slavija* war bis Mitte der 1980er Jahre einer der größten fleischverarbeitenden Betriebe in Südosteuropa, der im September 2001 Insolvenz anmeldete und später privatisiert wurde. Auch das Großhandelsunternehmen *Ineks* durchläuft aktuell ein Insolvenzverfahren, genauso wie das Handelsunternehmen *Jugoeksport*, bei welchem das

der Insolvenzmafia beruhte, ist das folgende: Der Anleger (Käufer) beschließt, eine Firma zu übernehmen, die in der Regel über ein großes Vermögen verfügt. Da er nicht bereit ist, den Marktpreis des Unternehmens zu bezahlen (weil es in seinem Interesse ist, durch den Wiederverkauf des günstig erworbenen Unternehmens Geld zu verdienen), findet der Anleger einen Insider im Unternehmen (in der Regel jemanden aus der Firmenleitung), kauft das Unternehmen für einen Preis, der unter dem Marktpreis liegt, und bemüht sich vorsätzlich, es zusätzlich zu verschulden. Es kommt oft vor, dass der Anleger über längere Zeiträume mit dem Unternehmen zusammen arbeitet und dass eine längere Geschichte geschäftlicher Beziehungen vorliegt. In einigen Fällen wurde festgestellt, dass der Missbrauch der Firma bereits in dieser Phase begann, weil die Anleger den Firmen Rohstoffe überteuert in Rechnung stellten oder kurzfristig Gelder zu Wucherzinsen ausliehen. Die Firmenleitung unterzeichnet diese schädlichen Verträge und für diesen Gefallen erhält sie eine Entschädigung vom Anleger. Nach einer bestimmten Zeit, nachdem die Firma durch den Anstieg der Verpflichtungen zunächst zahlungsunfähig, und darauf auch bankrott gegangen ist, leitet der Anleger die Insolvenz ein, um ein derartig ruiniertes Unternehmen zu minimalen Kosten zu übernehmen.

Durch die Insolvenz des Unternehmens erledigt der bestochene Teil der Firmenleitung die Aufgabe, für die er bezahlt wurde. Darauf stützt sich der Anleger mit eigener Logistik innerhalb der rechtlichen Institutionen des Systems aus, besticht den Gerichtspräsidenten, den Insolvenzrichter und den Insolvenzverwalter, die die Auflösung des Unternehmens durchführen, indem sie dabei kontinuierlich Bestechungsgelder von ihm erhalten.¹⁹ So wird die Insolvenz zur Auflösung der Firma, weil das im Interesse der Insolvenzmafia ist, die auf diese (rechtswidrige und nicht ethische) Weise Geld „verdient“.²⁰

Danach wird die Auflösungsauktion abgewartet, auf der die Firma und ihr Vermögen zu erwerben sind. Eine Auktion ist für solche Anleger besonders günstig, weil sich mittels dieser die Firma und ihr Vermögen ohne Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern und anderen Akteuren kaufen lassen, vor allem aber deswegen, weil die Gläubiger sich mit einer bedeutenden Kürzung ihrer Forderungen zufrieden stellen müssen. Angesichts des Umstandes, dass auch der Anleger ein Gläubiger ist, simuliert er oft die Unzufriedenheit, damit sein Auftritt möglichst überzeugend wirkt.

Insolvenzverfahren 2001 eingeleitet wurde (Anm. d. Übers.).

¹⁹ In Serbien wurde die absurde Situation beobachtet, dass manche Insolvenzverwalter bis zu 64 Insolvenzen binnen weniger Jahre durchführten, was mit Sicherheit einen Weltrekord darstellt. Es kam sogar vor, dass ein Insolvenzverwalter gleichzeitig bis zu 25 Insolvenzen leitet! Vgl. Didanović, Vera (2006): Teorija zavere i druge zavere. Stečajna mafija. In: Vreme, 20.04.2006 (798). Online verfügbar unter <http://www.vreme.com/cms/view.php?id=450323>, letzter Zugriff am 14.07.2012.

²⁰ Auch wurde festgestellt, dass auch die Nachbarstaaten (z.B. Kroatien und Montenegro) über eine eigene Insolvenzmafia verfügen. Dazu ausführlicher: [SEEBiz]; [Vijesti] (2011): Stečajna mafija po nižim cijenama kupuje imovinu propalih preduzeća. In: SEEBiz.eu, 01.08.2011. Online verfügbar unter <http://trend.seebiz.eu/stecajna-mafija-po-nizim-cijenama-kupuje-imovinu-propalih-preduzeća/ar-10008/>, letzter Zugriff am 14.07.2012.

So stellt der Finanzberater Branko Dragaš auf seiner Internetseite zurecht die Frage, wie es möglich sei, dass der Konzern *Sartid*²¹ aus der Insolvenz heraus für gerade mal 23 Millionen (US-Dollar) verkauft wurde, wenn alleine die Weißblechfabrik in Šabac²² den Wert von 120 Millionen hat, und der ganze *Sartid*-Konzern über 500 Millionen US-Dollar? Ähnlich sieht es im Fall der Werft *Brodogradilište* aus Belgrad aus, die aus der Insolvenz heraus für 13 Millionen US-Dollar verkauft wurde, und ihr Marktwert auf ganze 270 Millionen Euro geschätzt wurde. Ein weiterer Fall zeigt die gleiche Tendenz auf: die vormals größte Handelskette im Balkan, die *Robne kuće Beograd*, wurden vorsätzlich in die Insolvenz „abgeschoben“, wobei der Insolvenzverwalter behauptete, dass sich die Verpflichtungen auf 134 Millionen belaufen, während das Kapital 130 Millionen Euro betrug, was bedeutete, dass das Unternehmen sofort aufgelöst werden sollte. Von den Angestellten dieser Firma beauftragt, kamen Dragaš und sein Team bei der Einschätzung des Kapitalwertes auf 833 Millionen Euro (nach der Ermittlung des Liquidationswertes). Das heißt, dass dieses Kapital ausreichte, um sämtliche Schulden gegenüber den Gläubigern zu begleichen, den Arbeitern alle nicht ausgezahlten Gehälter auszuzahlen, und dass sogar Kapital für den Verkauf von Aktien übrig geblieben wäre.²³ Dass ein solcher Missbrauch der Insolvenz keine Ausnahme ist, sondern zunehmend zur Regel wird, zeigt auch der Fall des Zrenjaniner Unternehmens *Šinvoz*. An diesem Beispiel sollen der Mechanismus und die Folgen der strategischen Verwendung von Insolvenzen ausführlicher analysiert werden.

Die strategische Insolvenz des Unternehmens *Šinvoz*

Das Unternehmen *Šinvoz* ist eine der ältesten Fabriken in der Gemeinde Zrenjanin.²⁴ Zudem ist das Unternehmen einer der Manufakturriesen, der rund 700 Arbeiter beschäftigt und sich auf über 45000 m² erstreckt. Das gegenwärtige Unternehmen entwickelte sich aus der 1887 gegründeten Eisenbahnwerkstatt *Železnička radionica*. Seither erlebte das Unternehmen zahlreiche Wachstums- und Entwicklungszyklen sowie eine beträchtliche Kapazitätssteigerung und Modernisierung. Das Unternehmen beschäftigt sich mit der Produktion und Wartung von Eisenbahntransportmitteln und -teilen.

Doch widmen wir uns nun der Analyse des Missbrauchs des Insolvenzverfahrens und der

²¹ Das Metallverarbeitungsunternehmen *SARTID* wurde 1913 in Smederevo gegründet und im Laufe des ersten, vor allem aber des zweiten sozialistischen jugoslawischen Staates entwickelt. Das 2003 an die amerikanische Firma US Steel verkaufte Unternehmen gehörte jedoch auch in seiner Vergangenheit zu den weniger rentablen Eisenproduktionsbetrieben, so dass die Privatisierung aufgrund fehlender Investitionen des amerikanischen Mehrheitseigentümers 2012 rückgängig gemacht wurde (Anm. d. Übers.).

²² Die Stadt Šabac liegt rund 80 km westlich von Belgrad, der Hauptstadt Serbiens.

²³ Dragaš, Branko (2006): *Stečajna mafija*. Beograd. Online verfügbar unter http://www.dragas.biz/index.php?option=com_content&view=article&id=1514:stena-mafija&catid=104:komentari&Itemid=69, zuletzt aktualisiert am 17.04.2006, letzter Zugriff am 14.07.2012..

²⁴ Die Stadt Zrenjanin befindet sich im Nordosten Serbiens und ist rund 70 km von Belgrad und rund 50 km von Novi Sad, der Hauptstadt der Autonomen Provinz Vojvodina, entfernt.

Treibens dieses Unternehmens in die Insolvenz, die zur Verwirklichung bestimmter Ziele durchgeführt wurden, für die dieses Verfahren eigentlich nicht vorgesehen ist.

Das Zrenjaniner Unternehmen *Šinvoz* ist eines von insgesamt 623 erfolglos privatisierten Unternehmen²⁵ in Serbien mit geringen Chancen, erneut verkauft zu werden. Die Firma ging wegen schlechten Wirtschaftens des neuen Eigentümers Nebojša Ivković bankrott, der Kaufvertrag wurde aufgelöst und die Arbeiter erwarten, dass die Insolvenz annulliert wird und dass sie zu ihren Arbeitsplätzen zurückkehren werden. Dieser Fall löste eine größere Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit als die anderen bisherigen annullierten Privatisierungen aus, weil der Verdacht besteht, dass der neue Eigentümer in die vorsätzliche Ruinierung des Unternehmens verwickelt ist.

Die Regel besagt, dass nach der Auflösung des Kaufvertrages die Aktien, die die Arbeiter im Zuge der Privatisierung erhielten, ihr Eigentum bleiben, während der Rest nicht erneut bei einer Auktion verkauft wird, sondern an den Aktionsfonds übertragen wird, der sie darauf an der Börse verkaufen soll. Der rücksichtslose Käufer dagegen hat keinen Anspruch auf die Rückzahlung des bezahlten Betrages aufgrund des festgelegten Preises. Die Privatisierungen werden, wenn wir von den Auktionsverkäufen sprechen, meistens deshalb annulliert, weil die neuen Eigentümer dem Staat die Raten für den Verkaufspreis des Unternehmens nicht auszahlen. Der zweithäufigste Grund für die Auflösung ist die Nichteinhaltung der Investitionsverpflichtungen und der dritthäufigste die Änderung des Tätigkeitsprofils der Firma. Wenn die Agentur für Privatisierung bei ihren regelmäßigen Kontrollen entdeckt, dass der Vertrag nicht eingehalten wurde, ermahnt sie zuerst den neuen Eigentümer, und falls er dieser Mahnung nicht nachkommt, erfolgt die Annullierung der Privatisierung. Bis zum Jahr 2005 hatte die Agentur das Recht, die Auflösung des Vertrages vom Gericht anzufordern, worauf es erst im Laufe eines Gerichtsverfahrens (das in Serbien oft zu lange dauert) zur Annullierung der Privatisierung kam. Nach 2005 wurde das Gesetz entsprechend geändert und es wurde eine effizientere Lösung gefunden, so dass die Agentur die Kaufverträge auch ohne ein Gerichtsverfahren annullieren kann.²⁶

Die Insolvenz von *Šinvoz* wurde aufgrund des Beschlusses des Handelsgerichts in Zrenjanin im November 2007 eingeleitet, und gefordert wurde sie von der Belgrader Firma *TTC Logistik* – einem Gläubiger von *Šinvoz* – weil das Bankkonto des Unternehmens *Šinvoz* mit einem Betrag von fast 32 Millionen Dinar (ca. 320 Tausend Euro), laut der Angaben, die dem Handelsgericht vorgelegt wurden, ununterbrochen 61 und mit Unterbrechungen 201 Tage lang gesperrt war.²⁷ Die Arbeiter äußerten daraufhin ihren Verdacht, dass die Blockade des

²⁵ [N., N] (2011): Neuspešna promena vlasništva. In: Akter, 18.04.2011. Online verfügbar unter <http://www.akter.co.rs/ekonomijaprint/3562-neuspena-promena-vlasnitva.html>, letzter Zugriff am 15.08.2011.

²⁶ Skupština Republike Srbije (2007): Zakon o privatizaciji. In: Službeni glasnik RS (38/01, 18/03, 45/05, 123/07).

²⁷ In einem Bericht für das Jahr 2007 gab das Unternehmen *Šinvoz* auch einen Nettoverlust von 23.473.000 Dinar (ca. 234.000 Euro) bekannt. Ausführlicher dazu: [Šinvoz] (2007): Prospekt. Hg. von Beogradska berza.

Kontos manipuliert worden und künstlich sei, damit es zum Bankrott kam. Diese Annahme belegen die Arbeiter mit der Tatsache, dass der Generaldirektor des Unternehmens Dragan Jevtović gleichzeitig auch Mitglied des Leitungsvorstandes der Firma *TTC Logistik* ist – die als Gläubiger die Einleitung der Insolvenz von *Šinvoz* auch forderte. Diese Annahme unterstützte auch das Ministerium für Wirtschaft und regionale Entwicklung.

Die unzufriedenen Arbeiter forderten von den zuständigen staatlichen Institutionen die Auflösung des Privatisierungsvertrages und die Lösung der angestauten Probleme. Aus diesem Grund begannen sie ihren Streik und ein Teil der Arbeiter griff sogar zu den radikalsten Maßnahmen, indem er den eigenen Protest in Form eines Hungerstreiks demonstrierte. Ein vierzigjähriger Arbeiter starb an den Folgen dieses Streiks.

Die Firma *Šinvoz* wurde bei einer Auktion im März 2004 verkauft, als Nebojša Ivković 56% des Kapitals für 240 Millionen Dinar (knapp 2,4 Millionen Euro) kaufte und sich verpflichtete, im Laufe von drei Jahren 17,9 Millionen Dinar (ca. 179.000 Euro) zu investieren. Die Agentur für Privatisierung führte bis Dezember 2007 fünf Kontrollen durch und stellte fest, dass Ivković den von ihm übernommenen Verpflichtungen nachgeht. Zu Schwierigkeiten kam es jedoch schon im selben Jahr, als Ivković in den Besitz von insgesamt 67,9% des Unternehmens kam, indem er fünf Diesel-Lokomotiven, für die das serbische staatliche Bahnunternehmen *Železnice Srbije* 80% der Schulden abbezahlt, als Investitionen darstellte, während sie eigentlich verschrottet werden sollten. Auch begann er das Unternehmen zu verschulden, wobei die Gläubiger andere Firmen in seinem Besitz wurden: *IT Logistika* und *Jugopapir* – dieselben Firmen, die letztlich das Insolvenzverfahren einleiteten.

Nach den Angaben der Arbeiter war es Ivkovićs Ziel, über seine Firmen und mit Hilfe der günstigen Umstände des Insolvenzverfahrens in den Besitz des gesamten Vermögens von *Šinvoz* zu gelangen – durch die Einnahme der Forderungen seiner Firmen während das Unternehmen diesen Prozess durchläuft. Ebenso, betonten die Arbeiter, war es seine Absicht, dass die Kleinaktionäre ohne ihren Eigentumsanteil bleiben und die Arbeiter ohne ihre Arbeitsplätze. Belehrt durch das Beispiel der ebenfalls Zrenjaniner *Jugoremedija*²⁸ – deren Angestellten nach einem zweijährigen Protest bewiesen, dass der neue Eigentümer rechtswidrig seinen Anteil erhöht und die Firma in die Insolvenz getrieben hatte – beschlossen die Arbeiter von *Šinvoz* am 28. Dezember, so lange zu streiken bis die staatlichen Institutionen zu diesem Fall Stellung beziehen. Den Protest löste die Entscheidung der Agentur für Privatisierung aus, durch welche Ivković ein zusätzlicher Zeitraum gewährt wurde, in dem er die Beweise für die Einhaltung der vertraglich festgelegten Pflichten zusammenstellen sollte.

Beograd. Online verfügbar unter http://www.belex.co.yu/prospekti/SINV___.html, letzter Zugriff am 01.09.2007.

²⁸ Zur Entwicklung der Privatisierung des Pharmazieunternehmens *Jugoremedija* aus Zrenjanin siehe ausführlicher: Golić (2012) (Anm. d. Übers.).

Durch die Kontrolle des Wirtschaftens und der Erfüllung der festgelegten Pflichten und aufgrund des Berichtes des vom Unternehmen *Šinvoz* beauftragten Wirtschaftsprüfers kam die Novisader²⁹ Stelle der Agentur für Privatisierung zum Schluss, dass die Finanzberichte nicht die richtige Situation des Unternehmens abbildeten. Die Wirtschaftsprüfung führte Milenko Anđžić durch und angestellt wurde er von der Wirtschaftsprüfungsfirma *Privredni savetnik*. Die Arbeiter und die Kleinaktionäre erwarten, dass gegen den Wirtschaftsprüfer ein entsprechendes Strafverfahren vor Gericht eingeleitet wird.

Die Insolvenz betrachtet aus der Perspektive der Interessen der Arbeiter

Die Probleme der Arbeiter begannen ihren Aussagen zufolge bald nach der Privatisierung, durch welche die Arbeiter und Rentner 44% der Aktien erhielten, während der Staat die übrigen 56% an Nebojša Ivković verkaufte.

Aufgrund der Vertragsbedingungen war Ivković verpflichtet, in die Firma zu investieren und nur aufgrund dieser Investitionen seinen Eigentumsanteil vergrößert. Nach den Angaben der Arbeiter, „befolgte“ Ivković diese Vertragspflicht im Jahr 2005 folgenderweise: fünf aussortierte Diesel-Lokomotiven, die zerschnitten und verschrottet werden sollten stellte er als Investition dar und registrierte sich darauf als Besitzer von 76% der Aktien der Firma. Die Arbeiter teilten mit, dass sie die Agentur für Privatisierung darüber informierten und eine Kontrolle anforderten, aber dass, wie bereits erwähnt wurde, zwei Jahre lang die Befunde der Agentur immer wieder bekräftigten, dass es keine Unregelmäßigkeiten gab.

Die Arbeiter behaupten ebenfalls, dass der Eigentümer und die Firmenleitung vorsätzlich begonnen hätten, die Fabrik zu ruinieren und schließen, da die vertragliche Pflicht des Erhalts der Produktionskontinuität abgelaufen war. Ferner behaupten sie, dass das Einzige, was den Firmeneigentümer interessiere, die attraktive Lage sei, in der sich die Fabrik befindet, bzw. das Grundstück, auf dem die Fabrik gebaut ist. Dabei teilen die Arbeiter mit, dass der Eigentümer im Laufe des Jahres 2007 die Arbeit in der Fabrik komplett einstellte und aufgrund mangelnder Qualifizierung immer mehr Arbeiter entließ. *Šinvoz* machte dabei durch die geschäftlichen Beziehungen zu den Firmen, die ebenso Ivković gehörten, immer mehr Schulden und aufgrund dieser wurde die Insolvenz schließlich auch eingeleitet. Sie sind der Ansicht, dass der Eigentümer selbst die Insolvenz verursachte, um die Firma danach als Besitzer von 100% des Unternehmens wieder zu übernehmen.³⁰

²⁹ Novi Sad ist die Hauptstadt der Autonomen Provinz Vojvodina, so dass die dortige Stelle der Agentur für Privatisierung auch für die Unternehmen, die in der 50 km entfernten Stadt Zrenjanin ihren Sitz haben, zuständig ist (Anm. d. Übers.).

³⁰ Der aktuelle Stand der Eigentumsstruktur von *Šinvoz* ist wie folgt: der Staat besitzt – im Namen des Aktienfonds – nach dem gegenwärtigen Schnitt 42,92% der Aktien des Unternehmens, d.h. genau 51.353 Aktien. Nebojša Ivković besitzt 25,04% bzw. 29.960 Aktien. Die restlichen 32% der Aktien befinden sich im Besitz der insgesamt 1.995 Kleinaktionäre. Wie bereits gesagt wurde, besaß der Staat 56% der Aktien, aber Ivković verringerte diesen Prozentsatz durch Rekapitalisierung. Deshalb verfügt er, obwohl der Vertrag

Die Haltung der Firmenleitung

Der Direktor des Unternehmens *Šinvoz* bis zur Einleitung der Insolvenz, Dragan Jevtović, betont, dass die Mehrheit der elektronischen und gedruckten Medien kein Interesse daran hatte, seine Meinung zu hören. Er behauptet, dass die Probleme und Schwierigkeiten des Unternehmens von einer Gruppe herrühren, die versuchen, die Privilegien zu bewahren, die sie bis zur Privatisierung hatten; ihre Kraft schöpfen sie dabei teilweise auch aus der Unterstützung der Arbeiter. Diese Gruppe habe die Arbeit der Firma blockiert, indem sie behauptete, gegen den Eigentümer zu kämpfen und wollte einfach nicht arbeiten. „Von Ende 2006 und im Jahr 2007 erfüllte *Šinvoz* in keinem der Monate den Produktionsplan in einem Ausmaß von über 60 oder 70%, so dass die Fabrik mit 500 Angestellten praktisch nur halb so effizient wirtschaftete, was zur Illiquidität führen musste. Die durchschnittlichen Zeiten der Abwesenheit von der Arbeit lagen bei 40%, wohingegen rund 15% normal sind.“³¹

Dabei schickte der Direktor Jevtović im Mai 2007 in einen eintägigen Zwangsurlaub, worauf er 250-300 Personen anstellte (die seitens der niedrigeren Ebenen der Firmenleitung als gute Arbeiter empfohlen wurden), die zum Erhalten der Kontinuität der Produktion ausreichend waren. Diese Arbeiter vermochten es jedoch nicht, den Lohn für alle Angestellten zu erwirtschaften. Nach 45 Tagen wurden alle Arbeiter wieder in die Fabrik zurückbestellt, die Irrationalitäten und Verluste häuften sich jedoch weiterhin. Zugunsten der These, dass das Unternehmen durchaus ausreichend Arbeit hatte, unterstreicht der Direktor Folgendes: „Die Fabrik hatte am 1. Januar 2007 eine hundertprozentige Beschäftigung für die darauf folgenden neun Monate, aber es wurde im Laufe dieser neun Monate gerade mal so viel geschafft, wie es normalerweise in drei Monaten der Fall gewesen wäre, wegen der Behinderung. Die Fabrik hat eine Reihe von nicht abgeschlossenen Geschäften, so dass der Plan nicht die Auflösung, sondern die Reorganisation ist, im Rahmen welcher hundert Menschen praktisch sofort nach der Untersuchungsanhörung³² anfangen würden zu arbeiten, wonach 200 bis 250 Menschen einzustellen wären. Der Plan ist, dass die Fabrik die Rekonstruktion neuer moderner Lastwaggons erledigt, für die in der ganzen Welt ein großer Bedarf besteht, und in der Fabrik gibt es derzeit um die 400 dieser Waggons, was Arbeit für die nächsten zwei Jahre bedeutet, wobei zehn Waggons ein Käufer aus dem Ausland bereits

aufgelöst wurde, über einen Viertel des Unternehmens *Šinvoz*. Dazu siehe: [N., N] (2008): Stečaj za svoj džep. In: Večernje novosti, 17.05.2008. Online verfügbar unter <http://www.svevesti.com/a72812-ste%C4%8Daj-za-svoj-d%C5%BEp>, letzter Zugriff am 14.07.2012; Turudić, Momir (2008): Radnici lete u nebo. Slučaj "Šinvoz". In: Vreme, 24.01.2008 (890). Online verfügbar unter <http://www.vreme.com/cms/view.php?id=570111>, letzter Zugriff am 14.07.2012.

³¹ Ebd.

³² Es handelt sich um die Anhörung, die vom Insolvenzrichter zu Zwecken der Untersuchung von Forderungen festgelegt wird. Sie ist durch das Insolvenzgesetz, § 72, Sätze 1 und 2 geregelt. Vgl. Skupština Republike Srbije (2009): Zakon o stečaju. In: Službeni glasnik RS (104/09).

erwartet.“³³

Jevtović behauptet ferner, dass der neue Eigentümer durch die Investition von Mitteln die Fabrikanlagen wieder in Stand gesetzt hat, alle Schulden und zurückgebliebene nicht ausgezahlte Gehälter beglichen hat. Auch ist er der Ansicht, dass es normal sei, dass der Eigentümer das Geld über seine eigenen Firmen in *Šinvoz* investierte (in Form von Krediten und Anleihen) und sagt, dass die Firma auf diese Weise mehrere Millionen Euro erhielt. Im Hinblick auf die problematische Rekapitalisierung und die genannten Lokomotiven äußert er sich wie folgt: „Der Mehrheitseigentümer zahlte 18 Millionen Dinar auf das Fabrikkonto ein, von denen größtenteils das gekauft wurde, was für die Fabrik von Bedarf war. Das Problem entstand, als die Steuerbehörde eine bestimmte Summe vom Konto abbuchte. In jenem Moment wurden von der Bahn die Lokomotiven gekauft, von denen die Streikenden sprechen und wurden über eine Kompensation bezahlt. Es geht um Manöverdiesellokomotiven, die wir rekonstruieren und sanieren wollten, um sie darauf an die Industrie der Nachbarländer zu verkaufen. Leider verpassten wir die Ausschreibung der Eisenwerke aus Zenica³⁴, so dass die Lokomotiven nicht fertiggestellt wurden, bis auf eine. Der Konflikt entstand wegen 30.000, während nur eine solche fertige Lokomotive 200.0000 Euro kostet.“³⁵

Die Argumente der anderen Seite bewegen sich in Richtung der Behauptung, es sei nicht logisch zu behaupten, dass jemand so viele Mittel in das Unternehmen investiert hatte, das er beabsichtigte, in den Bankrott zu treiben. Auch wird betont, dass durch die Insolvenz alle unbeglichenen Schulden und nicht ausgezahlten Gehälter ausgezahlt werden. Die Behauptungen der Streikenden, der Eigentümer bräuchte lediglich das Grundstück, widerlegt Jevtović mit dem Hinweis, dass sich die Firma am Stadtrand von Zrenjanin befindet, auf einem Grundstück, in dessen Umgebung die Gemeinde Zrenjanin ganze Landstücke kostenlos zur Verfügung stellt, um Investitionen anzuziehen.

Schluss

Šinvoz ist weder das erste noch das letzte Unternehmen im postjugoslawischen Raum, dessen Privatisierungsvertrag aufgelöst wurde. Wie gesagt, wurden seit Beginn des neuesten Prozesses der Eigentumstransformation der Wirtschaft der Republik Serbien im Jahr 2001, 632 Kaufverträge aufgehoben. Obwohl die Rückabwicklung der Privatisierung eine Art der Zufriedenstellung der Gerechtigkeit darstellt, ist der Schaden, den die schlechten

³³ Turudić.

³⁴ Zenica ist eine Industriestadt in Bosnien-Herzegowina. Das genannte Unternehmen gehört zu den ältesten Metallproduktionsbetrieben in Südosteuropa und wurde in den letzten Jahren ebenfalls privatisiert. (Anm. d. Übers.)

³⁵ Turudić.

Firmeneigentümer verursachen, oft schwer zu ersetzen, und die Unternehmen, deren Kaufverträge aufgelöst wurden, haben langfristige negative Folgen.

Der Mensch, den die Arbeiter des Zrenjaniner Unternehmens beschuldigten, die Firma in die Insolvenz getrieben zu haben, während sie unter seiner Leitung stand, vertritt jetzt die Seite der Hauptgläubiger. Gerade davor warnten auch die Arbeiter in ihren Protesten, als sie forderten, dass die Privatisierung dieses Zrenjaniner Unternehmens annulliert wird. Damit die Ironie komplett ist, war es eben der ehemalige Eigentümer, der vor Gericht den Antrag auf Insolvenz und einen Reorganisierungs- und Erholungsplan von *Šinvoz* stellte. Zurecht stellen die Arbeiter die Frage, ob jemand, den sie für die Insolvenz beschuldigten, jetzt die Fabrik revitalisieren kann und für das Wirtschaften des Unternehmens verantwortlich sein kann, in welches er nicht mal investieren wollte. Die größten Gläubiger des Unternehmens *Šinvoz* sind, wie gesagt, Ivkovićs miteinander verbundene Firmen *TT Logistic* und *Jugopapir*, so dass sich hinter dieser Insolvenz das gut bekannte Szenario der sogenannten *spontanen Privatisierung* klar abzeichnet. Der Käufer von Kapital führt durch rechtswidriges Wirtschaften das Unternehmen zuerst in die Schuldknechtschaft gegenüber seinen Tochterfirmen, und übernimmt es daraufhin aus der Insolvenz heraus und entledigt sich auf diese Weise sowohl der Kleinaktionäre als auch aller Verpflichtungen aus dem Kollektivvertrag, den er mit den Arbeiter des privatisierten Unternehmens abgeschlossen hatte. Gerade das ist ein Szenario, das sehr ähnlich auch in den USA in den 1980er Jahren beobachtet werden konnte. Auch hier handelt es sich um eine Unternehmensinsolvenz, die durch die typischen strategischen Ziele motiviert ist. In beiden Fällen war das Ziel der Firmenleitung die Senkung der Kosten des Wirtschaftens, damit die Unternehmen profitabler werden und / oder damit die Manager und die Eigentümer persönlichen materiellen Nutzen verwirklichen. Zu diesem Zweck benutzten sie das Insolvenzverfahren, das die Gesetzgeber und die Wirtschafts- und Rechtsexperten keineswegs für die Verwirklichung solcher Ziele erschufen. Die Unfähigkeit des Staates, solche Missbräuche einzudämmen, muss allerdings vor dem Hintergrund des jeweiligen historischen Kontextes interpretiert werden. Angesichts der Tatsache, dass das Phänomen der „strategischen Insolvenz“ im Laufe der 1980er Jahre entstand und sich entwickelte, also im Laufe des „Goldenen Zeitalters“ neoliberaler Wirtschaftsreformen, weist die zunehmende Verbreitung dieser Erscheinung auch im postjugoslawischen Raum auf die besondere Interpretation der „demokratischen Transformation“ – in den postjugoslawischen Meiden auch als „Transition“ bekannt – in der Zeit nach 1989 / 1990 hin. Das, was auf der Ebene einer legitimierenden Idee in ganz Osteuropa mehr als zwanzig Jahre lang als liberale Demokratie propagiert wird, stellt eigentlich eine spezifische Anwendung der neoliberalen Eliminierung aller sozialen Funktionen des Staates dar.

Dass die „strategische Insolvenz“ dabei nicht lediglich einen Missbrauch der juristischen und ökonomischen Institution der Insolvenz, sondern eines der zahlreichen Beispiele der

Irrationalität, Widersprüchlichkeit und sozialen Ungerechtigkeit der kapitalistischen Ordnung darstellt, zeigt auch die Tatsache, dass sie selbst in den „alten“ Demokratien, die weitaus besser entwickelte Institutionen des Systems der Korruptionsbekämpfung haben, ein Problem darstellt, das jedoch bestenfalls toleriert wird, und oftmals sogar als „legitimes“ Mittel erscheint. Das ist und kann natürlich keine Ausrede für die Gesetzgeber sein, denn sie müssen sich bemühen, das geschäftliche Umfeld zu verbessern und mit Hilfe gesetzlicher Lösungen die Möglichkeit des Missbrauches dieser Institution auf ein Minimum zu reduzieren. Angesichts der Prozesse politischer und wirtschaftlicher Transformation in dieser Region in den letzten zwei Jahrzehnten jedoch, sowie der Rolle staatlicher Institutionen und politischer Eliten beim „Ausverkauf“ der postjugoslawischen Gesellschaften, der systematischen Zerstörung der (post-)sozialistischen Wirtschaft und schließlich der Wegnahme der Existenzgrundlage einer großen Zahl von Menschen, die ohne einen Arbeitsplatz blieben, kann zurecht und muss die Frage gestellt werden, ob wir tatsächlich ein Ende dieses „Ausverkaufs der Gesellschaft“ erwarten können, oder ob dieses erst dann abgeschlossen sein wird, wenn die Ressourcenverteilung zwischen den wirtschaftlichen und politischen Eliten abgeschlossen ist. Wie das weitere Schicksal der Arbeiter der Firma Šinvoz und zahlreicher anderer Unternehmen bleibt auch diese Frage bis auf Weiteres offen.

Literatur

- [N., N] (2008): Stečaj za svoj džep [Insolvenz für die eigene Tasche]. In: Večernje novosti, 17.05.2008. Online verfügbar unter <http://www.svevesti.com/a72812-ste%C4%8Daj-za-svoj-d%C5%BEep>, zuletzt geprüft am 14.07.2012.
- [N., N] (2011): Neuspešna promena vlasništva [Mislungener Eigentumswechsel]. In: Akter, 18.04.2011. Online verfügbar unter <http://www.akter.co.rs/ekonomijaprint/3562-neuspena-promena-vlasnitva.html>, zuletzt geprüft am 15.08.2011.
- [SEEbiz]; [Vijesti] (2011): Stečajna mafija po nižim cijenama kupuje imovinu propalih preduzeća [Die Insolvenzmafia kauft zu niedrigeren Preisen das Eigentum bankrotter Unternehmen]. In: SEEbiz.eu, 01.08.2011. Online verfügbar unter <http://trend.seebiz.eu/stecajna-mafija-po-nizim-cijenama-kupuje-imovinu-propalih-preduzeca/ar-10008/>, zuletzt geprüft am 14.07.2012.
- [Šinvoz] (2007): Prospekt. Hg. v. Beogradska berza [Belgrader Börse]. Beograd. Online verfügbar unter http://www.belex.co.yu/prospekti/SINV____.html, zuletzt geprüft am 01.09.2007.
- Aldrich, Howard (1979): Organizations and environments. Englewood Cliffs: Prentice Hall.
- Bolčić, Silvano (1993): ‚Novi menadžeri‘ u privatnim firmama u Srbiji početkom 90-ih [‚Neue Manager‘ in Privatunternehmen in Serbien zu Beginn der 90er]. In: Sociologija 35 (2), S. 243–251.
- Bolčić, Silvano (1993): ‚Novi preduzetnici‘ u Srbiji početkom devedesetih [‚Neue Unternehmer‘ in Serbien zu Beginn der neunziger Jahre]. In: Sociologija 35 (4), S. 489–504.
- Bolčić, Silvano (1994): The spread of entrepreneurship in Serbia in the early nineties. In: Sociologija 36 (4), S. 369–401.
- Bradley, Michael; Rosenzweig, Michael (1992): The Untenable Case for Chapter 11. In: The Yale Law Journal 101 (5), S. 1043–1095.
- Cvejić, Slobodan (2002): Neformalna privreda u post-socijalističkoj transformaciji. „Siva ekonomija“ u Srbiji 90-tih [Informelle Wirtschaft in der postsozialistischen Transformation. „Graue Ökonomie“ in Serbien der 90er]. In: Silvano Bolčić und Anđelka Milić (Hg.): Srbija krajem milenijuma. Razaranje društva, promene i svakodnevni život [Serbien Ende des Jahrtausends. Zerstörung der Gesellschaft, Veränderungen und der Alltag]. 1. Aufl. Beograd: Institut za sociološka istraživanja Filozofskog fakulteta, S. 123–140.
- Daily, Catherine M. (1994): Bankruptcy in strategic studies: Past and promise. In: Journal of Management 20 (2), S. 263–295.
- Delaney, Kevin J. (1998): Strategic bankruptcy. How corporations and creditors use Chapter 11 to their advantage. Berkeley: University of California Press.
- Didanović, Vera (2006): Teorija zavere i druge zavere. Stečajna mafija [Verschwörungstheorie und andere Verschwörungen. Die Insolvenzmafia]. In: Vreme, 20.04.2006 (798). Online verfügbar unter <http://www.vreme.com/cms/view.php?id=450323>, zuletzt geprüft am 14.07.2012.
- Dragaš, Branko (2006): Stečajna mafija [Die Insolvenzmafia]. Beograd. Online verfügbar unter http://www.dragas.biz/index.php?option=com_content&view=article&id=1514:stena-mafija&catid=104:komentari&Itemid=69, zuletzt aktualisiert am 17.04.2006, zuletzt geprüft am 14.07.2012.

- Golić, Slavko (Hg.) (2012): Jugoremedija, deo drugi... Radničke borbe u Srbiji [Jugoremedija, zweiter Teil... Arbeiterkämpfe in Serbien]. Zrenjanin: Ravnopravnost.
- Horvat, Srećko; Štiks, Igor (2012): Dobrodošli u pustinju tranzicije! Postsocijalizam, Evropska unija i nova levica na Balkanu [Willkommen in die Transitionswüste! Postsozialismus, Europäische Union und die neue Linke auf dem Balkan]. In: Miloš Jadžić, Dušan Maljković und Ana Veselinović (Hg.): Kriza, odgovori, levica. Prilozi za jedan kritički diskurs [Die Krise, Antworten, die Linke. Beiträge zu einem kritischen Diskurs]. Beograd: Rosa Luxemburg Stiftung, S. 159–176.
- Ikonić, Slobodan; Vrzić, Nikola (2006): Trgovinski sud i privredni kriminal [Das Handelsgericht und die Wirtschaftskriminalität]. In: NIN, 19.04.2006 (2886). Online verfügbar unter http://starisajt.nspm.rs/ekonomskapolitika/2006_trgsud1.htm, zuletzt geprüft am 14.07.2012.
- Jackson, Thomas H. (2001): The logic and limits of bankruptcy law. Washington, D.C: Beard Books.
- Moulton, Wilbur N.; Thomas, Howard (1993): Bankruptcy as a deliberate strategy: Theoretical considerations and empirical evidence. In: Strategic Management Journal 14 (2), S. 125–135.
- Plestina, Dijana (1992): Regional development in communist Yugoslavia. Success, failure, and consequences. Boulder: Westview Press; Woodward, Susan L. (1995): Socialist unemployment. The political economy of Yugoslavia, 1945-1990. Princeton: Princeton University Press.
- Popov, Nebojša (Hg.) (2011): Radno mesto pod suncem. Radničke borbe u Srbiji [Der Arbeitsplatz an der Sonne. Arbeiterkämpfe in Serbien]. Beograd; Zrenjanin: Službeni glasnik; Res publica; Luxol-Farmacija.
- Popović, Željko; Gajić, Zoran (Hg.) (2011): Kroz tranziciju. Prilozi teoriji privatizacije [Durch die Transition. Beiträge zur Privatisierungstheorie]. Novi Sad: Alternativna kulturna organizacija.
- Sheppard, Jerry Paul (1995): Beautifully broken benches. A typology of strategic bankruptcies and the opportunities for positive shareholder returns. In: Journal of Business Strategies 12 (2), S. 99–134.
- Skupština Republike Srbije (2007): Zakon o privatizaciji [Das Privatisierungsgesetz]. In: Službeni glasnik RS (38/01, 18/03, 45/05, 123/07).
- Skupština Republike Srbije (2009): Zakon o Insolvenz [Das Insolvenzgesetz]. In: Službeni glasnik RS (104/09).
- Sundhausen, Holm (2012): Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen. Wien; Köln: Böhlau.
- Turudić, Momir (2008): Radnici lete u nebo. Slučaj „Šinvoz“ [Die Arbeiter fliegen hoch. Der Fall „Šinvoz“]. In: Vreme, 24.01.2008 (890). Online verfügbar unter <http://www.vreme.com/cms/view.php?id=570111>, zuletzt geprüft am 14.07.2012.
- Veselinović, Ana; Atanacković, Petar; Klarić, Željko (Hg.) (2011): Izgubljeno u tranziciji. Kritička analiza procesa društvene transformacije [Lost in transition. Eine kritische Analyse der Prozesse gesellschaftlicher Transformation]. Beograd: Rosa Luxemburg Stiftung.

IMPRESSUM

PAPERS wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Marion Schütrumpf

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-0916 · Redaktionsschluss: Dezember 2012

Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling